



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 23/18 • 07.06.2018



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

Am Dienstag war Johann Joachim Winckelmann (1717-1768), deutscher Archäologe, Bibliothekar, Antiquar und Kunstschriftsteller der Aufklärung in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union zu Gast.

Anlässlich der Jubiläen zum Geburts- und Todestag erinnerte eine Veranstaltung an das Schaffen Winckelmans, der in Stendal vor etwas mehr als 300 Jahren geboren wurde. Nach einem Vortrag von Frau Dr. Bruer – Geschäftsführendes Kuratoriumsmitglied der Winckelmann-Gesellschaft e.V. - ermöglichte die Theatervorstellung „Winckelmans Traum“ des Theaters der Altmark eine kurzweilige Begegnung mit dem Begründer des Klassizismus.

Und wenn Sie keine Möglichkeit hatten, an dem Abend mit dabei zu sein: besuchen Sie doch einfach bald die Geburtsstadt Winckelmans in der Altmark!

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz  
Leiterin der Landesvertretung



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT  
VERTEILUNG





# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Europäisches Parlament – Künftige EU-Agrarpolitik: Parlament für eine moderne, gemeinsame Politik mit gerechter Förderung	
• Europäisches Parlament – EU-Haushalt nach 2020: Parlament stellt Ausmaß der angegebenen Kürzungen infrage	
• Europäisches Parlament – Entsenderichtlinie: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort	
• Europäisches Parlament – Schengen am Scheideweg	
• Europäische Kommission - Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 vorgelegt	
• Europäische Kommission legt Initiative zur Eindämmung des Insektensterbens vor	
• Europäische Kommission – LIFE-Programm 2021-2017 erhält eine höhere Mittelausstattung	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>10</b>
• Handelsverträge mit Australien und Neuseeland angestrebt	
• Europäische Umweltagentur – Badegewässerqualitätsbericht	
• EU-Haushalt: 181 Millionen Euro für den Kampf gegen Betrug mit EU-Mitteln	
• EU-Haushalt - Erasmus-Mittel sollen ab 2021 verdoppelt werden	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>14</b>
• EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt lud zum Frühjahrstreffen der Kooperationsplattform ein	
• Winkelmanns Traum –Ausstellung und Theateraufführung in der LV Brüssel	
• EU-Woche für nachhaltige Energie (EUSEW) 2018	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>17</b>
• KOM - Drittes Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit	
• RAT -Stellenausschreibung CONS/AD/141/18	
• „1918-2018: Wohin strebt Europa?“ - Essaywettbewerb für Studierende ausgeschrieben	
• „Music moves Europe“ - EU-Kommission sammelt Vorschläge zur Musikförderung	
• Aufruf zur Interessensbekundung - Mitwirkung am Netzwerk Dokumentationszentren gefragt	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>20</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>23</b>
• Tipp - Menasses preisgekröntes Buch spielt in der EU-Hauptstadt Brüssel	
• Neu in der LV - Marit von Graeve	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>27</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>28</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäisches Parlament – Künftige EU-Agrarpolitik: Parlament für eine moderne, gemeinsame Politik mit gerechter Förderung

Die EU-Agrarpolitik nach 2020 muss intelligenter, einfacher, fairer und nachhaltiger, aber auch gut finanziert und eine wirklich gemeinsame Politik sein, so die Abgeordneten.



In einer Entschließung hat das Parlament am 30. Mai mit 468 Ja-, 123 Nein-Stimmen und 89 Enthaltungen seine Prioritäten für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit nach 2020 formuliert.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) an ihre Bedürfnisse anpassen dürfen. Allerdings lehnt das Parlament jede „Renationalisierung“ der GAP ab, da diese den Wettbewerb im Binnenmarkt verzerren könnte.

Die GAP muss auf gemeinsamen Zielen, Regelungen, Indikatoren und Kontrollen basieren, die EU-weit gelten, betonen die Abgeordneten. Darauf aufbauend könnten die Mitgliedstaaten ihre nationalen Strategien mit auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Maßnahmen konzipieren. Nicht Regelkonformität, sondern Leistung sollte im Mittelpunkt stehen. Die landwirtschaftlichen Tätigkeiten in allen Mitgliedstaaten sollten auf dem gleichen hohen Niveau und anhand der gleichen Kriterien ausgeführt werden. Verstöße sollten vergleichbare Strafen nach sich ziehen.

Die GAP sollte die Landwirte nicht nur in die Lage versetzen, auch weiterhin sichere, qualitativ hochwertige und erschwingliche Lebensmittel zu produzieren, sondern sollte es ebenso ermöglichen, die Betriebe nachhaltig zu bewirtschaften und vollständig in die Kreislaufwirtschaft zu integrieren.

Innovation, Forschung, Modernisierung und intelligente Praktiken innerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU sollen gefördert werden, so die Abgeordneten. Sie verlangen deshalb, dass der GAP-Haushalt im nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen aufgestockt oder auf dem bisherigen Niveau belassen wird.

Mit der Entschließung antwortet das Parlament auf die Mitteilung der Kommission zur Zukunft der EU-Agrarpolitik und will Einfluss nehmen auf die Gesetzesvorschläge zur Reform der GAP, die am 1. Juni vorgelegt werden sollen. Die Reform der GAP für die Zeit nach 2020 hängt eng zusammen mit der Debatte zum mehrjährigen EU-Finanzrahmen und wird gemeinsam von Parlament und Ministerrat beschlossen. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



## Europäisches Parlament – EU-Haushalt nach 2020: Parlament stellt Ausmaß der angegebenen Kürzungen infrage



Das Parlament fordert eine angemessene EU-Finanzierung, um neue Herausforderungen wie die Migration anzugehen und bestehende Programme wie die Regionalpolitik erfolgreich umzusetzen.

Eine [nichtlegislative EntschlieÙung](#) zu den [Gesetzesvorschlägen der EU-Kommission vom 2. Mai](#) für den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 und die Reform der Eigenmittel wurde am 30. Mai mit 409 Stimmen bei 213 Gegenstimmen und 61 Enthaltungen verabschiedet.

Die Abgeordneten unterstreichen, dass die Vergleichsdaten der Kommission nicht den vollen Umfang der vorgeschlagenen Kürzungen der EU-Mittel für die europäischen Regionen und Landwirte zeigen.

Nach [eigenen Berechnungen](#) des Parlaments würden diese 10% bzw. 15% einbüÙen und nicht "rund 5 %", [wie von der Kommission berechnet](#). Sie bekräftigen ihren Standpunkt, dass die Mittel für die Gemeinsame Agrar- und die Kohäsionspolitik zumindest auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden müssen.

Auch die von der Kommission vorgeschlagenen Erhöhungen für Schlüsselprogramme wie Forschung oder Erasmus+ seien deutlich geringer als angekündigt, so die Abgeordneten.

Das Parlament fordert eine Verdreifachung des Budgets für das Programm Erasmus+, eine Verdoppelung der Mittel zur Unterstützung von KMU und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie eine Aufstockung des Budgets für Forschung und Innovation um mindestens 50%, „damit die in [den wichtigsten Politikbereichen der EU] verfolgten Zwecke und Ziele erreicht werden können.“ Auch für Sicherheit, Migration und Außenbeziehungen werden zusätzliche Mittel benötigt, so der Text der EntschlieÙung.

Über die ersten Reaktionen der Abgeordneten auf die Vorschläge der Kommission vom 2. Mai wurde in [dieser Pressemitteilung](#) berichtet. Auch [diese Erklärung](#) enthält eine erste Stellungnahme.

Im Hinblick auf die Reform der Einnahmen der EU begrüÙen die Abgeordneten die vorgeschlagene Einführung von drei neuen Eigenmitteln, die auf einem neuen Körperschaftsteuersystem, auf Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem und einer Plastiksteuer beruhen, um die direkten Beiträge der Mitgliedstaaten – die BNE-Eigenmittel – zu senken.

Ausgaben des nächsten MFR in den anstehenden Verhandlungen als Gesamtpaket behandelt werden sollten und „dass mit dem Parlament keine Einigung über den MFR erzielt werden kann, wenn keine entsprechenden Fortschritte im Bereich Eigenmittel erzielt werden.“

Diese EntschlieÙung ergänzt den Standpunkt des Parlaments (das Mandat für die bevorstehenden Verhandlungen mit dem Rat), bestehend aus zwei früheren EntschlieÙungen, die am 14. März zur [Ausgaben-](#) und [Einnahmen](#)seite des nächsten MFR angenommen wurden. Die Annahme einer neuen MFR-Verordnung bedarf der Zustimmung des Parlaments.

Etwa 94 % der Haushaltsmittel dienen der Finanzierung von Maßnahmen vor Ort innerhalb und außerhalb der EU-Länder. Die EU-Mittel kommen in der einen oder anderen Form allen 508 Millionen Europäern zugute. Sie helfen Millionen von Studierenden, Tausenden von Forschern, vielen Städten, Regionen und Nichtregierungsorganisationen. Die Verwaltungsausgaben belaufen sich auf etwa 6% des Haushalts. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



## Europäisches Parlament – Entsenderichtlinie: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort

Arbeitnehmer, die zeitweise in ein anderes EU-Land entsandt werden, müssen für gleiche Arbeit am gleichen Ort den gleichen Lohn erhalten. Das hat das Parlament am 29. Mai beschlossen.



Die überarbeiteten Vorschriften, die mit 456 Stimmen bei 147 Gegenstimmen und 49 Enthaltungen angenommen wurden, sollen einen besseren Schutz der entsandten Arbeitnehmer und einen fairen Wettbewerb für die Unternehmen gewährleisten.

Der vereinbarte Kompromiss sieht vor, dass die Regeln eines Gastlandes für die Bezahlung von Arbeitnehmern auch für alle entsandten Arbeitnehmer gelten. Zusätzlich zu den gesetzlichen Bestimmungen können die Mitgliedstaaten umfassende, repräsentative regionale oder Branchentarifverträge anwenden. Dies geschah bisher nur im Bausektor.

Reise-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten sollten vom Arbeitgeber getragen und nicht vom Gehalt der Arbeitnehmer abgezogen werden. Die Arbeitgeber müssen außerdem sicherstellen, dass die Unterbringungsbedingungen für entsandte Arbeitnehmer angemessen und im Einklang mit den nationalen Vorschriften sind.

Die Dauer der Entsendung wurde auf höchstens 12 Monate festgelegt, mit einer möglichen Verlängerung von 6 Monaten. Nach dieser Frist dürfen die Arbeitnehmer weiterhin im Gastland bleiben, allerdings gelten für sie nun alle arbeitsrechtlichen Vorschriften des Gastlandes.

Im Falle einer betrügerischen Entsendung, z.B. durch ein Briefkastenunternehmen, sollten die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass entsandte Arbeitnehmer zumindest durch die Vorschriften der Entsenderichtlinie geschützt sind.

Die neuen Elemente der überarbeiteten Richtlinie werden auch für den Verkehrssektor gelten, sobald die im [Mobilitätspaket](#) enthaltenen [sektorspezifischen Rechtsvorschriften](#) in Kraft getreten sind. Bis dahin gilt die Richtlinie in der Fassung von 1996.

Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, um die Vorschriften in nationales Recht umzusetzen, und müssen sie bis zum Ende dieses Zeitraums in Kraft setzen.

Ein entsandter Arbeitnehmer ist ein Angestellter oder eine Angestellte, die in ein anderes EU-Land gesandt wird, um dort für einen begrenzten Zeitraum zu arbeiten. 2016 wurden in der EU rund 2,3 Millionen Arbeitnehmer in andere Staaten entsandt. Zwischen 2010 und 2016 stieg ihre Zahl um 69%. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

## Europäisches Parlament – Schengen am Scheideweg

Die EU-Mitgliedstaaten sollten gegenseitiges Vertrauen in das Funktionieren des Schengen-Raums sowie Zusammenarbeit und Solidarität fördern, so die Abgeordneten am 30. Mai.



Der erste Jahresbericht über das Funktionieren des Schengen-Raums (die Vereinbarung von 26 Mitgliedsländern, Pass- und Grenzkontrollen an ihren Grenzen abzuschaffen) befasst sich mit den Schwachstellen bei der Umsetzung der in Schengen getroffenen Vereinbarungen. Die



Entschließung des Parlaments zum Jahresbericht wurde mit 439 Stimmen gegen 157 bei 80 Enthaltungen angenommen.

Die Abgeordneten missbilligen die anhaltende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen, wofür Schwachstellen beim Gemeinsamen Europäischen Asylsystem und ein Mangel an politischem Willen, an Solidarität und an gemeinsamer Übernahme von Verantwortung verantwortlich seien. Viele der fortgesetzten Kontrollen stehen mit Blick auf Dauer, Notwendigkeit oder Verhältnismäßigkeit nicht im Einklang mit den geltenden Vorschriften und sind daher unrechtmäßig. [Derzeit führen sechs Länder Grenzkontrollen aus:](#) Frankreich, Österreich, Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen.

Die Abgeordneten verurteilen auch die Errichtung physischer Hindernisse wie beispielsweise von Zäunen zwischen Mitgliedstaaten.

Die Abgeordneten [bekräftigen](#), dass Bulgarien und Rumänien bereit sind, dem Schengen-Raum beizutreten, und fordern den Rat um Zustimmung auf.

Sie betonen, dass die EU in den letzten Jahren Maßnahmen zur Stärkung des Schengen-Raums eingeführt hat, wie die Einrichtung der [Agentur für die Grenz- und Küstenwache, systematische Kontrollen](#) an den Außengrenzen bei der Ein- und Ausreise von EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen sowie ein neues [Einreise-/Ausreisensystem \(EES\)](#).

Ein Gutachten löste die Besorgnis der Abgeordneten hinsichtlich der provisorischen Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) durch das Vereinigte Königreich aus, insbesondere im Zusammenhang mit den künftigen Beziehungen zu dem Land nach dem Austritt aus der EU.

[Schätzungen](#) zufolge belaufen sich die Kosten der Nicht-Anwendung Schengens für alle Länder für zwei Jahre auf zwischen 25 und 50 Milliarden Euro. Würden alle Länder wieder Grenzkontrollen einführen, beliefen sich die Kosten für zehn Jahre auf 100 bis 230 Milliarden Euro.

Das [Transnational Institute \(TNI\)](#) schätzt, dass die Mitgliedstaaten bereits Mauern und Grenzbefestigungen mit einer Gesamtlänge von mehr als 1 200 km im Gegenwert von mindestens 500 Millionen Euro errichtet haben. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

## Europäische Kommission - Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 vorgelegt

Am 1. Juni 2018 präsentierte die Europäische Kommission drei Verordnungsvorschläge für eine modernisierte, vereinfachte und nachhaltigere gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020. Die Rechtstexte folgen dem am 2. Mai 2018 vorgelegten Vorschlag für den zukünftigen Mehrjährigen EU-Finanzrahmen für den Zeitraum 2021 bis 2027. Dieser sieht für die GAP insgesamt 365 Milliarden Euro vor. Der durchschnittliche Anteil am Gesamthaushalt der EU sinkt damit auf 28,5 Prozent. Etwa 265 Milliarden Euro entfallen auf die Direktzahlungen, 20 Milliarden Euro auf Marktunterstützungsmaßnahmen und 78,8 Milliarden Euro auf die Entwicklung des ländlichen Raums. Weitere 10 Milliarden Euro werden im Rahmen des EU-Forschungsprogramms „Horizont Europa“ bereitgestellt, um spezifische Forschung und Innovation in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Biowirtschaft zu fördern. Die künftige GAP soll den landwirtschaftlichen Sektor krisenfester



machen und die Einkommen der Landwirte und die Lebensfähigkeit ihrer Betriebe stützen. Sie verfolgt ehrgeizigere Ziele im Umwelt- und Klimaschutz und soll sicherstellen, dass die Landwirtschaft die Herausforderungen in diesen Bereichen bewältigt. Digitale Innovationen, die den Landwirten die Arbeit erleichtern, sollen aufgegriffen, Bürokratie abgebaut und der Generationswechsel gefördert werden. Die EU-Agrarpolitik soll weiterhin ihren Beitrag leisten, ländliche Lebensräume attraktiv zu erhalten. Die Umsetzung dieser Ziele soll in einem neuen Umsetzungsmodell erfolgen, das den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität in der Ausarbeitung der Maßnahmen gewährt. Das Zwei-Säulen-Modell der Direktzahlungen und der Zahlungen für den ländlichen Raum wird weitergeführt werden. • ms

Die vollständige Pressemitteilung der Kommission: [link](#)

Weitere Erläuterungen: [link](#)

Die drei Verordnungsvorschläge: [VO COM \(2018\) 392](#); [VO COM \(2018\) 393](#) ; [VO \(2018\) 394](#)

## **Europäische Kommission legt Initiative zur Eindämmung des Insektensterbens vor**

Am 1. Juni 2018 veröffentlichte die Europäische Kommission eine EU-Initiative für Bestäuber. Die Mitteilung zielt darauf ab, die wissenschaftlichen Kenntnisse über den Rückgang von Bestäuber-Insekten zu verbessern, die bekannten Ursachen zu bekämpfen und die Sensibilität sowie die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft zu stärken. Die Initiative bezieht sich vor allem auf die wildlebenden Insektenarten. Nach Mitteilung der Kommission ist jede zehnte Bestäuber- Insektenart vom Aussterben bedroht. Bei einem Drittel aller Bienen- und Schmetterlingsarten gehen die Populationen zurück. Die besondere Bedeutung dieser Tierarten u. a. für die Vermehrung und Produktivität von Pflanzen zeigt sich darin, dass EU-Agrarerzeugnisse im Wert von beinahe 15 Mrd. Euro jährlich auf deren Tätigkeit zurückgeführt werden. Der umfangreiche Maßnahmenkatalog ist Bestandteil der Mitteilung, die unter diesem [link](#) abzurufen ist. Die Pressemitteilung der Kommission: [hier](#) • ms

8

## **Europäische Kommission – LIFE-Programm 2021-2027 erhält eine höhere Mittelausstattung**

Der am 1. Juni 2018 vorgestellte Vorschlag für das Programm für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) soll im Zeitraum 2021 bis 2027 über 5,45 Milliarden Euro verfügen und damit über knapp 60 Prozent mehr als in der gegenwärtigen Förderperiode. Ziel des Programms ist es, einen Beitrag zum Übergang zu einer sauberen, kreislauforientierten, energieeffizienten, CO<sub>2</sub>-armen und klimaresistenten Wirtschaft, zum Schutz und zur Verbesserung der Umweltqualität sowie zur Eindämmung und Umkehr des Verlusts an biologischer Vielfalt zu leisten und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Dabei soll das Programm stärker als bisher den Schwerpunkt Energieeffizienz aufgreifen, insbesondere für die Regionen, die bei der Energiewende aufholen müssen. Mit sogenannten „strategischen Naturschutzprojekten“ sollten in den Mitgliedstaaten Aktionsprogramme für die Einbeziehung einschlägiger Naturschutz- und Biodiversitätsziele in andere Politiken und Finanzierungsprogramme unterstützt werden. Weiterhin soll aus LIFE der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, der





Schutz und die Verbesserung der Qualität von Luft und Wasser in der EU, die Umsetzung des Rahmens für die Energie- und Klimapolitik bis 2030 und die Erfüllung der Verpflichtungen der Union aus dem Klimaschutzübereinkommen von Paris gefördert werden. • *ms*  
Die Pressemitteilung der Kommission: [hier](#) , den Verordnungsvorschlag [hier](#)



## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Handelsverträge mit Australien und Neuseeland angestrebt

Die EU strebt Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland an. Die Minister der Mitgliedstaaten haben die EU -Kommission mit den Verhandlungen beauftragt und Leitlinien dafür vorgegeben.

Die Verhandlungen sollten so transparent wie möglich gestaltet werden. Mit den beiden Freihandelsabkommen sollen weitere Handelshürden abgebaut und die Zölle auf Waren abgeschafft werden. Auch will die EU ihrer Wirtschaft einen besseren Zugang zu Dienstleistungen und öffentlichen Aufträgen in Australien und Neuseeland verschaffen.

Davon sollen am meisten die Sektoren Motorenausrüstung, Maschinenbau, Chemie, Lebensmittelverarbeitung und Dienstleistungen profitieren. Um den sensiblen Agrarsektor zu schützen, wird hier keine vollständige Liberalisierung angestrebt. Investitionsfragen bleiben ausgeklammert, um die Verhandlungen und die Ratifizierung zu erleichtern. Australien und Neuseeland sind wichtige Verbündete der EU. Trotz der Entfernung ist der Handel ähnlich umfangreich wie der mit Mexiko oder Kanada. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 10/18*

Mandat für Handelsgespräche erteilt [Link](#)

### Europäische Umweltagentur - Badegewässerqualitätsbericht

10

Die Qualität der deutschen Badegewässer ist in den meisten Fällen „ausgezeichnet“ (91,4 Prozent). Das zeigt der am 29. Mai veröffentlichte jährliche europäische

Europäische Umweltagentur



[Badegewässerqualitätsbericht](#) für das Jahr 2017 der Europäischen Umweltagentur und der EU-Kommission. Weitere 5,3 Prozent der 2248 Gewässer, die dank ausreichender Daten bewertet wurden, erhalten die Note „gut“. Insgesamt wurden acht deutsche Badegewässer als „mangelhaft“ bewertet. EU-weit erfüllten fast alle (95,9 Prozent) der über 21. 000 Badegewässer die Mindestqualitätsanforderungen der EU-Vorschriften.

Die Qualität der Badegewässer in Europa hat sich in den letzten 40 Jahren durch die Einführung von Vorschriften der [EU-Badegewässerrichtlinie](#) erheblich verbessert.

Die Badegewässer mit „mangelhafter“ Qualität in Deutschland sind:

- Strelasund an der Ostsee
- Strandbad Reinsdorf bei Wittenberg
- Spreelagune in der Region Dahme-Spreewald
- Blaue Adria bei Bautzen
- Werratalsee Südufer im Werra-Meißner-Kreis
- Goldscheuer Badensee im Ortenaukreis
- Satzdorfer See in der Region Cham
- See Freigericht Ost in Kahl am Main

Fünf deutsche Gewässer haben sich vom Jahr 2016 bis 2017 von „ausreichender“ oder besserer Qualität zu „mangelhaft“ verschlechtert.



Die Zahl der insgesamt schlecht bewerteten Standorte blieb gegenüber 2016 in der EU weitgehend unverändert. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Der gesamte Badegewässerqualitätsbericht in deutscher Sprache [Link](#)

Die länderspezifischen Berichte [Link](#)

Eine interaktive Karte mit allen Messstellen [Link](#)

Die EU-Badegewässerrichtlinie [Link](#)

## EU-Haushalt: 181 Millionen Euro für den Kampf gegen Betrug mit EU-Mitteln



Für den nächsten langfristigen Haushaltsrahmen der EU für den Zeitraum 2021-2027 schlägt die Kommission vor, 181 Mio. Euro für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten unternommenen Anstrengungen zur Bekämpfung von Betrug, Korruption und sonstigen gegen den EU-Haushalt gerichteten Unregelmäßigkeiten bereitzustellen.

Im Rahmen des neuen Betrugsbekämpfungsprogramms der EU sollen gezielte Schulungen sowie der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zwischen Betrugsbekämpfungsstellen in ganz Europa finanziert werden. Zur Unterstützung von Untersuchungstätigkeiten soll zudem der Erwerb von technischer Ausrüstung für die Aufdeckung und Untersuchung von Betrugsdelikten unterstützt und der Zugang zu sicheren Informationssystemen erleichtert werden.

Das neue Programm ersetzt das Programm „Hercule III“, das sich bereits in den vergangenen Jahren positiv auf die Bekämpfung von gegen den EU-Haushalt gerichtetem Betrug auf nationaler und auf lokaler Ebene ausgewirkt hat.



Mit den Mitteln, die im Rahmen des neuen Betrugsbekämpfungsprogramms der EU bereitgestellt werden sollen, sollen ähnliche Projekte sowie Schulungen und Konferenzen für Sachverständige finanziert werden, um den Informationsaustausch und die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu fördern. Ferner sollen im Rahmen des Programms gemeinsame Zollaktionen der Mitgliedstaaten unterstützt werden, die von zentraler Bedeutung für die Aufdeckung von grenzüberschreitend tätigen kriminellen Netzen sind. Es wird erwartet, dass durch das Programm ein erheblicher Zusatznutzen bewirkt wird, da es die auf nationaler Ebene unternommenen Anstrengungen zur Bekämpfung von Betrug und Korruption ergänzend unterstützt.

Es ist wichtig, dass rasch Einigung über den nächsten langfristigen Haushaltsrahmen der EU und die damit einhergehenden sektorspezifischen Legislativvorschläge erzielt wird, damit mit den betreffenden EU-Mitteln schnellstmöglich erste Ergebnisse vor Ort erzielt werden können. Etwaige Verzögerungen, wie sie zu Beginn des laufenden Haushaltszeitraums 2014-2020 aufgetreten sind, würden dazu führen, dass wichtige Ausrüstung für Untersuchungs- und forensische Maßnahmen nicht angeschafft werden könnte und den Strafverfolgungsstellen der Mitgliedstaaten weniger Unterstützung zur Verfügung stünde. Dies hätte negative Auswirkungen auf die Betrugsbekämpfung und würde zulasten der Steuerzahler in der EU gehen.

Bei einer Einigung über die nächste mehrjährige Finanzplanung im Jahr 2019 wäre für einen nahtlosen Übergang zwischen der aktuellen langfristigen Finanzplanung (2014-2020) und der



neuen Finanzplanung gesorgt. Damit wären Berechenbarkeit und Kontinuität der Finanzierungen zum Vorteil aller Beteiligten gesichert. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die „Hercule“-Programme [Link](#)

Der EU-Haushalt für die Zukunft (2021-2027) [Link](#)

## EU-Haushalt - Erasmus-Mittel sollen ab 2021 verdoppelt werden

Die Kommission will im nächsten langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 die Mittel für das Erasmus-Programm erhöhen und hat am 30. Mai eine Verdoppelung auf 30 Mrd. Euro vorgeschlagen. Das Programm bietet bereits jetzt mehreren Millionen junger Menschen in Europa die Möglichkeit, im Ausland zu studieren, eine Ausbildung zu absolvieren oder Lernerfahrungen zu sammeln – dabei erweitern sie ihren Horizont, entwickeln ein Bewusstsein für Europa und verbessern gleichzeitig ihre Zukunftschancen auf dem Arbeitsmarkt. Mit den doppelten Mitteln kann das Programm wichtige politische Ziele unterstützen, etwa einen europäischen Bildungsraum bis 2025 zu schaffen und die europäische Identität durch Jugend-, Bildungs- und Kulturpolitik zu stärken.



Aus dem Erasmus-Haushalt im Zeitraum 2021-2027 sollen 25,9 Mrd. Euro in die allgemeine und berufliche Bildung, 3,1 Mrd. Euro in den Jugendbereich und 550 Mio. Euro in den Sport fließen.

Ziele des Kommissionsvorschlags sind:

- Mehr Begünstigte: Durch die Verdopplung des Programmhaushalts werden im Zeitraum 2021-2027 bis zu 12 Millionen Menschen unterstützt werden – drei Mal so viele wie im laufenden Finanzierungszeitraum. Zu den Zielgruppen gehören Schüler, Hochschulstudierende, Auszubildende, Lehrkräfte, Ausbilder, Jugendarbeiter, Sporttrainer, aber auch Lernende in der beruflichen Bildung sowie Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung, zum Beispiel Teilnehmer an ErasmusPro.
- Besserer Zugang für Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft: Dank neuer Formate und eines vereinfachten Zugangs für kleinere und Basisorganisationen wird es für Menschen aus benachteiligten Verhältnissen einfacher, an dem neuen Programm teilzunehmen.
- Stärkere Beziehungen zum Rest der Welt: Mobilität und Zusammenarbeit mit Drittländern werden dank einer Kombination aus physischer, gemischter und virtueller Mobilität gefördert.
- Stärkere europäische Identität durch Reisen: Die neue Initiative DiscoverEU gibt jungen Menschen die Möglichkeit, das Kulturerbe und die Vielfalt Europas zu entdecken.

Eine rasche Einigung über den gesamten langfristigen EU-Haushalt und die sektoralen Vorschläge ist wichtig, damit die EU-Mittel so bald wie möglich vor Ort Wirkung zeigen können. Verzögerungen würden die Durchführung des neuen Erasmus-Programms im ersten Jahr beeinträchtigen: So könnten fast 1 Million Menschen ihren Auslandsaufenthalt nicht antreten, und Hunderttausende EU-finanzierter Projekte in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport könnten nicht rechtzeitig starten.

Bei einer Einigung über die nächste mehrjährige Finanzplanung im Jahr 2019 wäre für einen nahtlosen Übergang zwischen der aktuellen langfristigen Finanzplanung (2014-2020) und der



neuen Finanzplanung gesorgt. Damit wären Berechenbarkeit und Kontinuität der Finanzierung zum Vorteil aller Beteiligten gesichert.

Der Vorschlag für das Erasmus-Programm ist Teil des Kapitels „In die Menschen investieren“ des Vorschlags für die langfristige Haushaltsplanung, den die Kommission am 2. Mai 2018 vorgelegt hat.

Das derzeitige, mit einem Budget von 14,7 Mrd. Euro ausgestattete Programm Erasmus+ läuft von 2014 bis 2020. Seit der Einrichtung von Erasmus im Jahr 1987 haben mehr als 9 Millionen Studierende, Lernende, Auszubildende und Freiwillige daran teilgenommen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: EU-Haushalt: Kommission schlägt Verdopplung der Erasmus-Mittel vor [Link](#)

Legislativvorschläge und Factsheets [Link](#)

Website zum Programm Erasmus [Link](#)



## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt lud zum Frühjahrstreffen der Kooperationsplattform ein

42 Vertreter aus Kommunen, Verbänden, Vereinen und Unternehmen tauschten sich am 31. Mai in Haldensleben zu aktuellen Themen rund um Europa aus und wagten einen Blick in die Zukunft der EU-Förderung. Nach den Grußworten von Claudia Zott, Leiterin der EU Service-Agentur, und Danny Schonschek, Fachdienstleiter Wirtschaft beim Landkreis Börde, standen zunächst folgende Impulsreferate auf der Tagesordnung:



- Christoph Heimel vom Landkreis Börde berichtete über aktuelle Projekte mit der schwedischen Kommune Bollnäs und über weitere europäische Kooperationen des Landkreises.
- Corinna Kunert vom Enterprise Europe Network (EEN) präsentierte anhand konkreter Beispiele die Unterstützungsdienstleistungen des EEN für Unternehmen.
- Andreas Schweitzer sprach über den aktuellen Stand der Planungen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU-KOM und gab damit Ausblick auf die Zukunft der Kohäsionspolitik und auf die Ausstattung der EU-Aktionsprogramme in der nächsten Förderperiode.

Daniel Gerlich von der EU Service-Agentur moderierte die engagierte Diskussion der Teilnehmer im Anschluss an die Impulsreferate. Deutlich wurde: Die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union und die Fortsetzung der EU-Förderung ist in vollem Gange und das Interesse der EU-Akteure im Land an europäischen Themen ist derzeit sehr hoch. Die Veranstaltung schloss traditionell mit dem



„Förderkalender“, der von Kathrin Hamel von der EU Service-Agentur präsentiert wurde.

Alle Präsentationen sowie visuelle Eindrücke finden Sie unter [www.eu-serviceagentur.de](http://www.eu-serviceagentur.de) im Bereich „Veranstaltungen“.

- *Gastartikel*



## Winckelmanns Traum –Ausstellung und Theateraufführung in der LV Brüssel

Anlässlich Johann Joachim Winckelmanns 300. Geburtstages am 9. Dezember 2017 und seines 250. Todestages am 8. Juni 2018 stellte die Landesvertretung in Brüssel am 5. Juni 2018 nicht nur die Tafelausstellung zu den Winckelmann-Jubiläen 2017/2018 der Winckelmann-Gesellschaft vor, sondern hatte zudem das Theater der Altmark zu Gast, das das Theaterstück „Winckelmanns Traum“ darbot.



Johann Joachim Winckelmann war aus Stendal in Sachsen-Anhalt stammender bedeutender Archäologe, Bibliothekar, Antiquar und Kunstschriftsteller der Aufklärung. Er gilt, neben Flavio Biondo, als der Begründer von wissenschaftlicher Archäologie und Kunstgeschichte und als geistiger Begründer des Klassizismus im deutschsprachigen Raum. Obwohl er bereits verhältnismäßig früh eines tragischen gewaltsamen Todes starb, hatte das Leben und Schaffen von Winckelmann einen ganz bedeutenden Einfluss auf die Wissenschaft und fand viele Bewunderer.



Die Winckelmann-Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit etwa 600 Mitgliedern in mehr als 20 Ländern. Sie vereinigt Wissenschaftler, interessierte Laien und



Winckelmann-Freunde aus aller Welt. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, »die internationalen Forschungen zum Leben, Werk und Wirken Johann Joachim Winckelmanns zu unterstützen« und »die mit seinem Wirken zusammenhängenden Disziplinen der Klassischen Archäologie, der Kunstwissenschaft und der Germanistik zur Erschließung der Wissenschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts zusammenzuführen«. Sie organisiert internationale Tagungen, Kolloquien und Exkursionen. Seit 2000 ist sie Träger des Winckelmann-Museums. Außerdem trägt sie das Winckelmann-Museum in Stendal.

Vertreten durch Frau Dr. Stephanie-Gerrit Bruer, die einen sehr informativen Vortrag hielt, bot die Winckelmann-Gesellschaft den Gästen der Veranstaltung die Möglichkeit, Einblicke in die Wichtigsten Etappen und Werke des Kunstschriftstellers zu gewinnen.



Im Anschluss richtete der Intendant des Landestheaters Sachsen-Anhalt Nord, auch bekannt als das Theater der Altmark, Herr Alexander Netschajew, einige einführende



Worte an das Publikum, bevor das Ensemble, bestehend aus Angelika Hofstetter, Hannes Liebmann und Thomas Weber die Inszenierung des Stückes „Winckelmanns Traum“ von Cordula Jung hervorragend zur Darbietung brachte. Auf diese Art wurde das Leben, Denken und Schaffen Winckelmanns dem Publikum sehr kurzweilig nahe gebracht.



Im Anschluss an die Vorstellung hatten die Gäste bei einem Glas Wein Gelegenheit, sich die 20 Tafeln umfassende Tafelausstellung anzusehen und mit den Mitwirkenden ins Gespräch zu kommen.



Für das Engagement aller Mitwirkenden bedankt sich die Landesvertretung ganz herzlich. • *afk*  
Fotos: Michael Seidler [www.smartbe.be](http://www.smartbe.be)

## EU-Woche für nachhaltige Energie (EUSEW) 2018



Die Europäische Woche für nachhaltige Energie (EUSEW) ist Europas größte Veranstaltung rund um die Themen saubere, sichere und effiziente Energie und findet vom 4. bis 8. Juni 2018 in ganz Europa statt. Die EUSEW gilt als Treffpunkt für öffentliche Behörden, Energieagenturen, Forschungs-

organisationen, NGOs, Unternehmen und private Verbraucher, um in den Bereichen nachhaltige und erneuerbare Energie bewährte Praktiken zu verbreiten, neue Ideen zu fördern und Allianzen zu knüpfen. Die EU-Woche für nachhaltige Energie wurde 2006 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen und wird von der Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen (EASME) in enger Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission organisiert.

Die Hauptkonferenz der EUSEW findet in Brüssel statt und ist wichtigste europäische Konferenz, die sich mit Fragen der nachhaltigen Energiepolitik befasst. In den verschiedenen Sitzungen werden aktuelle politische Entwicklungen im Klima- und Energiebereich, bewährte Verfahren und Ideen für nachhaltige Energie debattiert sowie herausragende Projekte im Rahmen einer Preisverleihung ausgezeichnet.

Erstmals wird dieses Jahr ein Europäischer Nachhaltigkeitspreis ausgeschrieben, der die Bemühungen und die Kreativität europäischer Unternehmen, Bürger und Organisationen würdigt, die sich für die Erreichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung einsetzen. Der Wettbewerb ist in vier Kategorien von Interessenträgern aufgeteilt: 1. Jugend; 2. öffentliche Einrichtungen; 3. private Einrichtungen; 4. Zivilgesellschaft. Bewerbungen sind bis 14. September möglich. • *dw*

Weitere Informationen:

EUSEW-Webseite: [hier](#)

Europäischer Nachhaltigkeitspreis: [hier](#)





# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

<b>Gegenstand:</b>	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufruf zur Einreichung von Anträgen 2018 — Drittes Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit (2014-2020)Text von Bedeutung für den EWR Dieser Aufruf umfasst: Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Vergabe von Finanzhilfen für spezifische Maßnahmen in Form von Projekten
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 185 vom 30. Mai 2018 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:185:FULL&amp;from=DE">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:185:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>13. September 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Auf der Website der Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit und Lebensmittel finden Sie sämtliche Informationen, einschließlich des Beschlusses der Kommission vom 13. Dezember 2017 über die Annahme des Arbeitsprogramms 2018 zur Umsetzung des dritten Aktionsprogramms der Union im Bereich der Gesundheit (2014-2020), sowie Angaben zu den Auswahl-, Vergabe- und sonstigen Kriterien für die Vergabe von Finanzhilfen für Maßnahmen im Rahmen dieses Programms. Die Adresse der Agentur lautet: <a href="http://ec.europa.eu/chafea/">http://ec.europa.eu/chafea/</a>



<b>Gegenstand:</b>	RAT Stellenausschreibung CONS/AD/141/18 Stellvertretender Generaldirektor/ Stellvertretende Generaldirektorin— Übersetzung
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 185 A vom 30. Mai 2018 <a href="https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:185A:FULL&amp;from=DE">https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:185A:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>27. Juni 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Bewerbungen sind spätestens am Stichtag per E-Mail zu richten an: <a href="mailto:Selection.of.Officials-Applications.Management.Posts@consilium.europa.eu">Selection.of.Officials-Applications.Management.Posts@consilium.europa.eu</a> .





## „1918-2018: Wohin strebt Europa?“ - Essaywettbewerb für Studierende ausgeschrieben

Die Diskussion über die Zukunft Europas wird kontrovers geführt. Die einen wünschen sich eine engere Zusammenarbeit der Staaten oder gar die „Vereinigten Staaten von Europa“, die anderen wollen sich stärker zurück auf den Nationalstaat besinnen. Diese Diskussionen sind aktuell aber nicht neu, findet die Deutsche Gesellschaft e.V. Auch nach dem Ersten Weltkrieg 1918 seien sie bereits geführt worden. Was von den damals entwickelten Ideen noch aktuell ist, sollen Studenten und Studentinnen aller Fachrichtungen im Rahmen des Essaywettbewerbs „1918-2018: Wohin strebt Europa?“ beurteilen.

Mögliche Gegenstände der Aufsätze können auch die von der EU -Kommission vorgelegten Szenarien für die Entwicklung der EU sein. Bis zum 1. September können Essays eingereicht werden. Für die besten drei Beiträge gibt es insgesamt 3.500 Euro Preisgeld.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 10/18*

Zum Essaywettbewerb [Link](#)

## „Music moves Europe“ - EU-Kommission sammelt Vorschläge zur Musikförderung



Wie könnte der Export europäischer Musik in alle Welt in der Zukunft effizient gefördert werden und welche Unterstützung braucht der Musiksektor in der EU ab 2021? Zu diesen Fragen, die eine Rolle bei der Planung des mehrjährigen EU -Haushaltsrahmens spielen,

möchte die EU - Kommission die Ansicht von Experten hören. Sie stellt im Rahmen der Initiative „Music moves Europe“ Budgets für entsprechende Studien zur Verfügung, um die sich Interessierte bis zum 29. Juni, bzw. bis zum 2. Juli bewerben können.

Außerdem sollen über das Programm „Creative Europe“ bis zu zehn innovative Weiterbildungsprojekte für junge Muskschaffende mit bis zu 550.000 Euro gefördert werden. Hierfür ist am 27. August Bewerbungsschluss.

Bis zu 300.000 Euro Unterstützung gibt es für bis zu zehn Initiativen, mit denen für ein vielseitiges Musikangebot in der EU geworben und die Verbreitung europäischer Titel in den Mitgliedstaaten verbessert wird. Hierfür sind bis zum 10. September Bewerbungen möglich.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 10/18*

Ausschreibungen für „Music Moves Europe“ [Link](#)



## Aufruf zur Interessensbekundung - Mitwirkung am Netzwerk Dokumentationszentren gefragt

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland veröffentlicht einen Aufruf zur Interessensbekundung zur Mitwirkung am Netzwerk der Europäischen Dokumentationszentren (European Documentation Centres – EDC). Er richtet sich an juristische Personen, die im Bereich "europäische Studien" forschen, unterrichten, lehren und kommunizieren.



Die Europäischen Dokumentationszentren sind Ansprechpartner für Bürger/innen, insbesondere für Wissenschaftler/innen auf lokaler und regionaler Ebene. Sie recherchieren, beraten und informieren zu allen Themenbereichen der Europäischen Union.

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland schließt mit den ausgewählten Partnern eine Partnerschaftsrahmenvereinbarung für eine unbestimmte Dauer. Interessensbekundungen müssen bis zum 1. Juli 2018 eingereicht werden. Die Aufforderung mit allen Anlagen kann auf folgender Webseite abgerufen werden.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 10/18*

Zu den Begleitdokumenten [Link](#)



# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
<p><b>Horizont 2020</b> - <b>Forschungsprojekt</b> <b>H2020-SC1-BHC-10-2019</b></p> <p>Enterprise Europe Network Datenbank</p> <p>Spanien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a></p>	<p><b>H2020-SC1-BHC-10-2019: public procurers and experts in Next Generation Sequencing (NGS), genomics, ethics and data protection are sought for developing personalised medicine solutions and scale-up demand driven innovation for healthcare systems.</b></p> <p>A Spanish public hospital is looking for partners for submitting a proposal to the H2020 call: Innovation Procurement: Next Generation Sequencing for routine diagnosis.</p> <p>Type and role of partner sought:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Public Procurers: Health Services, Hospitals, etc. with interests in NGS in the field of hematology and oncology.</li> <li>• Technical expert: Bioinformatics</li> <li>• Research institute: NGS, genomics domain</li> <li>• Legal advisors experts in General Data Protection Regulation (GDPL)</li> <li>• Communication Office: expertise in healthcare domain</li> <li>• Procurement advisor: specialists in Public Procurement of Innovation</li> <li>• Ethical expert: patient rights</li> </ul> <p>Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/4dfd3718-d495-49cf-af7c-0cfb1b34e1bd">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/4dfd3718-d495-49cf-af7c-0cfb1b34e1bd</a></p> <p>Referenznummer: RDES20180510001</p>



<p><b>Horizont 2020-Forschungsprojekt LC-SC3-NZE-1-2018</b></p> <p>Enterprise Europe Network Datenbank</p> <p>UK</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a></p>	<p><b>UK-based SME and UK-based university seek partners for proposal to H2020: LC-SC3-NZE-1-2018 Advanced CO2 capture technologies</b></p> <p>A UK-based SME and UK-based university have developed a novel carbon capture and storage process. They are looking to develop the concept to demonstrator / pilot stage and are submitting a proposal to the LC-SC3-NZE-1-2018: Advanced CO2 capture technologies call topic in Horizon 2020. They are looking for consortium partners with expertise in industrial refrigeration, mechanical handling and process control design and implementation under a research cooperation agreement.</p> <p>Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/702f0cce-0db4-4a45-85f1-2b5197af06fd">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/702f0cce-0db4-4a45-85f1-2b5197af06fd</a></p> <p>Referenznummer: RDUK20180427001</p>
<p><b>Geschäftliches Gesuch-</b></p> <p>Enterprise Europe Network Datenbank</p> <p>Frankreich</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a></p>	<p><b>French SME laying soft cast floor mats looking for supplier of rubber granulates</b></p> <p>A French SME designing and manufacturing outdoor children and sports playgrounds made of soft cast floor mats using ethylene propylene diene monomer rubber (EPDM) granulates is looking for new suppliers of such granulates with full guarantee on their low environmental impact. It is interested by an outsourcing agreement</p> <p>Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/34b2e9c5-7d4c-4df7-8703-351e74df915e">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/34b2e9c5-7d4c-4df7-8703-351e74df915e</a></p> <p>Referenznummer: BRFR20180515001</p>
<p><b>Geschäftliches Gesuch -</b></p> <p>Enterprise Europe Network Database</p> <p>Griechenland</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a></p>	<p><b>Greek IT company looking for wi-fi products or services with competitive advantages for representing them in the Greek market</b></p> <p>A small Greek IT company is interested to enter the commercial market of the country with Wi-fi products or services. These should have competitive advantages. The company is open to examine proposals from abroad</p>



		<p>for various types of products or services as long as these would have high market prospects, customers acceptance and extending the client's needs. The partnership sought is distribution services agreement.</p> <p>Nähere Informationen: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/ea3675c0-dbac-4ec3-a123-4135cea7c301">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/ea3675c0-dbac-4ec3-a123-4135cea7c301</a></p> <p>Referenznummer: BRGR20180525001</p>
		<b>Kontaktgesuch über die LV Brüssel</b>
Life Poland	Interested partners should contact by 12th June 2018: Mr Tomasz Woszczyk, Email: <a href="mailto:tw@proenv.pl">tw@proenv.pl</a> Mobile +48 600 830 102.	<p>Mikronatura Środowisko – a company based in Poznan (Wielkopolska Region, Poland) is looking for partners for a project to be carried out in LIFE Programme.</p> <p>The project consists of activities intended to test technologies aimed at qualitative improvement of water in areas of intense agricultural production. Its objective is not only to improve the quality of the environment, but also to improve the living conditions of local communities by means of effective reduction of odours which are an inherent element and curse of livestock production enterprises.</p> <p>Please find more information in the <a href="#">attachment</a>.</p>



### Tipp - Menasses preisgekröntes Buch spielt in der EU-Hauptstadt Brüssel

Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse erhielt für seinen Roman „Die Hauptstadt“ den Deutschen Buchpreis 2017. Das Buch, das in der EU-Hauptstadt Brüssel spielt, führt in viele Etagen der EU-Institutionen. Es ist der weltweit erste EU-Roman.

Die Jury begründete ihre Entscheidung wie folgt: *„Das Humane ist immer erstrebenswert, niemals zuverlässig gegeben: Dass dies auch auf die Europäische Union zutrifft, das zeigt Robert Menasse mit seinem Roman "Die Hauptstadt" auf eindringliche Weise. Dramaturgisch gekonnt gräbt er leichthändig in den Tiefenschichten jener Welt, die wir die unsere nennen. Und macht unter anderem unmissverständlich klar: Die Ökonomie allein, sie wird uns keine friedliche Zukunft sichern können. Die, die dieses Friedensprojekt Europa unterhöheln, sie sitzen unter uns – ‚die anderen‘, das sind nicht selten wir selbst. Mit "Die Hauptstadt" ist der Anspruch verwirklicht, den Robert Menasse an sich selbst gestellt hat: Zeitgenossenschaft ist darin literarisch so realisiert, dass sich Zeitgenossen im Werk wiedererkennen und Nachgeborene diese Zeit besser verstehen werden.“*



Jedes Jahr zum Auftakt der Frankfurter Buchmesse verleiht die *Börsenverein des Deutschen Buchhandels Stiftung* den Deutschen Buchpreis für den besten deutschsprachigen Roman des Jahres.

Förderer des Deutschen Buchpreises ist die *Deutsche Bank Stiftung*, sowie die Frankfurter Buchmesse und die Stadt Frankfurt am Main. Die *Deutsche Welle* unterstützt den Deutschen Buchpreis bei der Medienarbeit im In- und Ausland.

Weitere Informationen zum Deutschen Buchpreis finden Sie unter [www.deutscher-buchpreis.de](http://www.deutscher-buchpreis.de)

• *eag Quelle: Nachbar Belgien Februar 2018*

### Neue Praktikantin in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,  
mein Name ist Marit von Graeve und in den kommenden vier Wochen werde ich hier mein Praktikum absolvieren.

Ich stamme aus einem kleinen Dorf in der Magdeburger Börde und bin in Magdeburg zum Gymnasium gegangen. Nach meinem Abitur und einem FSJ entschloss ich mich dann jedoch, zum Studium nach Heidelberg zu gehen. Nach vier Semestern Politikwissenschaft mit



Nebenfach Geschichte verschlug es mich dann für zwei Erasmus-Semester in das schöne Lille. Bei meiner Rückkehr nach Heidelberg werde ich meine Bachelorarbeit beginnen und hoffe, durch das Praktikum hier dafür noch einige Inspiration zu finden.

Das Thema Sachsen-Anhalt hat mich durch alle meine bisherigen Praktika begleitet: zunächst im Bundestagsbüro von Herrn Dieter Stier, MdB für den Burgenlandkreis, und dann in der Landeszentrale für politische Bildung in Magdeburg. Nach der Bundes- und Landesebene möchte ich mir nun auch die europäische Ebene erschließen. Besonders die Zusammenarbeit der Regionen Europas ist für mich sehr interessant.

Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit mit dem gesamten Team und insbesondere mit meinen zuständigen Referenten Herrn Schweitzer und Herrn Fenner, sowie auf meine Zeit in Brüssel.

Mit freundlichen Grüßen

Marit von Graeve • *mvg*

## GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

In dieser Woche findet in Quedlinburg in Sachsen-Anhalt die Innenministerkonferenz der Länder statt. Neben der Bedrohung durch Terrorismus werden auch die sogenannten „Anker-Zentren“ bzw. generell das Thema Migration und Geflüchtete Hauptdiskussionspunkte sein. Mit der zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Halberstadt (ZASt) habe man laut Innenminister Stahlknecht schon ein ähnliches Modell, wie die angesprochenen Anker-Zentren. Seit 2016 führt GOEUROPE! das Planspiel „Next Level Europe“ an Schulen durch, in welchem verschiedene Szenarien zum Thema Migration durchgespielt werden. Dieses Planspiel kann über die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt oder direkt bei GOEUROPE! durch Schulen gebucht werden. In dieser Woche möchten wir uns in unserem Quiz genau mit diesem Themenfeld beschäftigen. Viel Spaß beim Lösen der Aufgaben.





1.) Innenministerkonferenzen finden natürlich auch auf europäischer Ebene statt bei denen sich alle Ressort-Chefs der verschiedenen Mitgliedstaaten treffen. Wie heißt das Gremium welches manchmal auch als Ministerrat bezeichnet wird offiziell?

- a) Europäischer Rat
- b) Rat der Europäischen Union
- c) Europarat

2.) Die Entscheidungen europäischer Innenministerkonferenzen müssen im Endeffekt auf regionaler und kommunaler Ebene umgesetzt werden, wenn es zum Beispiel um die Unterbringung von AsylbewerberInnen geht. Deshalb haben auch die Bundesländer ein Mitspracherecht bei Entscheidungen und Gesetzgebungsprozessen auf europäischer Ebene. Allerdings haben sie dabei keine gesetzgeberischen Befugnisse, sondern finden sich in einem beratenden Gremium zusammen. Wie heißt dieses?

- a) Europaausschuss des Bundesrates
- b) Ausschuss der Regionen
- c) Europakammer

3.) Beim Thema Migration herrscht zwischen der Europäischen Union und den verschiedenen nordafrikanischen Staaten schon seit längerem ein sehr ambivalentes Verhältnis. Diese Länder gelten nicht nur als Herkunfts- sondern auch als Transitländer für Geflüchtete des gesamten afrikanischen Raumes. Mal wollten verschiedene europäische Politiker Auffangzentren in diesen Ländern einrichten und damit auf eine stärkere Kooperation mit den Staaten setzen, mal wird aber auch einfach nur mit dem Entzug von Entwicklungshilfemitteln oder Visasperren gedroht, wenn Geflüchtete nicht aufgehalten oder von den Regierungen nach Abschiebungen nicht zurückgenommen werden. Für die Kontrolle der Zustände in solchen Auffangzentren hätte die Europäische Union natürlich erst einmal keine Befugnis. Welcher nordafrikanische Staat hätte durch seine Aufnahme in die Europäische Union (Europäische Gemeinschaft) 1987 ein direkter Partner in der Region werden können?

- a) Libyen
- b) Marokko
- c) Tunesien



Antworten:

1. Frage:

b) Der Rat der Europäischen Union besteht aus den Fachministern der einzelnen Länder. Der Europäische Rat ist das Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU. Der Europarat ist kein Gremium der EU und setzt sich heute aus 47 Staaten zusammen.

2. Frage:

b) Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist eine beratende Einrichtung der EU, die sich aus lokal und regional gewählten Vertretern aller 28 Mitgliedsländer zusammensetzt. Diese können über den Ausschuss Stellungnahmen zu EU-Rechtsvorschriften abgeben, die sich direkt auf ihre Regionen und Städte auswirken.

Der Europaausschuss des Bundesrates (Ausschuss für Fragen der Europäischen Union) hat im Bundesrat eine lange Tradition. Bereits im Dezember 1957 richtete der Bundesrat einen Sonderausschuss "Gemeinsamer Markt und Freihandelszone" ein, der 1965 zu einem Ständigen Ausschuss für Fragen der Europäischen Gemeinschaften wurde. Seine heutige Bezeichnung trägt der Ausschuss seit dem Inkrafttreten des EU-Vertrages vom 1. November 1993, dem so genannten Maastricht-Vertrag.

Der Bundesrat verfügt über eine eigene Europakammer. Wenn in Angelegenheiten der Europäischen Union eine schnelle Reaktion erforderlich ist, kann die Europakammer stellvertretend für das Bundesratsplenum Beschlüsse herbeiführen.

26

3. Frage:

b) Marokko stellte 1987 seinen Beitrittsantrag. Dieser wurde aber am 14. Juli 1987 abgelehnt, insbesondere weil Marokko geografisch definitiv nicht auf dem europäischen Kontinent liegt.



# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	<a href="#">E-mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	<a href="#">E-Mail</a>
Julia Shirley Alsleben (JSA)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Marit von Graeve (MVG)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Asli-Feyza Kursun (AFK)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Simon Wessels (SW)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

